

# Wie humanitäre Hilfe wehrhaft werden kann

Die UN hat im Jemen Zähne gezeigt, anders als in Syrien

Carsten Wieland

Der zweifelhafte Wandertitel der „schlimmsten humanitären Katastrophe weltweit“ gilt laut den Vereinten Nationen seit 2019 dem Jemen. Damit löst das Land Syrien ab, das im zehnten Jahr des Krieges meist stärkere Schlagzeilen produziert hat als der Jemen. Das hat viele Gründe, die mit Syriens geostrategischer Lage und den dort zusammenlaufenden Interessen mit weltweiten Dimensionen zu tun haben, die bis in den polarisierten Sicherheitsrat und die Konfrontation zwischen den USA und Russland reichen, während der Jemen traditionell eher als „Hinterhof“ der Arabischen Halbinsel gilt.

Im Jemen benötigen derzeit etwa 24 Millionen Menschen und damit 80 Prozent der Bevölkerung humanitäre Hilfe oder Schutz – die sie häufig nicht erhalten. Allein im südlichen Landesteil stieg die Zahl hungernder Kleinkinder auf fast 600.000. Die UN schätzen, dass durch den Krieg, Krankheiten und Mangelernährung bisher mehr als 230.000 Menschen starben. Etwa 3,7 Millionen Menschen sind in dem Land auf der Flucht. Sowohl die vom Iran unterstützten Huthis als auch die von Saudi-Arabien angeführte und von den USA, Großbritannien und Frankreich logistisch unterstützte anti-Huthi-Koalition haben gezielt Zivilist:innen bombardiert, Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser. Zudem zeigen Luftschläge, Bombardements und Minenlegung ein Muster, das darauf schließen lässt, dass die Nahrungsmittelproduktion in den gegnerischen Gebieten gezielt angegriffen wurde. Das UN-Expertengremium zu Jemen berichtete im September 2020, dass alle am Krieg beteiligten Parteien vermutlich Kriegsverbrechen begangen haben (OHCHR 2020; Mundy 2018).<sup>1</sup>

Die humanitäre Situation ist zweifellos sowohl im Jemen als auch in Syrien verheerend. Nicht nur leiden Menschen zwischen den Fronten eines komplexen und teils asymmetrischen Krieges; Zivilist:innen, Marktplätze, Bäckereien, Äcker und medizinische Einrichtungen sind direkte

Zielscheiben skrupelloser Kriegsparteien geworden, die zudem von Stellvertretermächten dazu ermutigt und gedeckt werden, allen voran durch Russland und den Iran, im Jemen aber auch durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Die über Jahrhunderte schwer erarbeiteten Errungenschaften des humanitären Völkerrechts und des internationalen Menschenrechts, ja wichtige Pfeiler des Völkerrechts selbst, sind weltweit in der Defensive – diplomatisch, politisch und militärisch – in einer Postmoderne, die von wachsendem Bilateralismus und Normlosigkeit geprägt ist. Zwar gab es schon immer Verletzungen internationaler humanitärer Regeln und Grundsätze, aber die Ausmaße haben vor allem mit dem Fall Syrien aber auch im Jemen neue Dimensionen erreicht, und die Abstumpfung gegenüber den Gräueltaten ebenso. Die Verstöße nehmen zu und der öffentliche Aufschrei lässt nach. Das mag auch an der Komplexität der schwer zu verstehenden Konflikte liegen und an fehlender Öffentlichkeit, besonders im Jemen.

Die Frage nach der Verbindlichkeit und Legitimität des Völkerrechts, ausgerechnet in Zeiten eines wachsenden Korpus sowie zunehmender Ambitionen des Völkerrechts, ist Teil einer lebhaften akademischen Debatte unter Rechtsexperten. Politische und militärische Schlüsselereignisse haben das Völkerrecht und die internationale Praxis stets begleitet und geprägt. Folglich könnten Syrien, Libyen und der Jemen Kristallisationspunkte eines schleichenden Paradigmenwechsels werden. Der Anspruch auf völkerrechtliche Universalität wird zunehmend auf verschiedenen Ebenen multilateraler Diplomatie in Frage gestellt, u.a. im UN-Menschenrechtsrat. Neben Russland und dem Iran verfolgen auch China, Venezuela, Nord-Korea und natürlich Syrien diesen Kurs in den entsprechenden Gremien. Ziel ist es, die Verbindlichkeit multilateraler Normen, besonders im humanitären und Menschenrechts-Bereich zu schwächen und die absolute Staatensouveränität zu stärken.

Auch die humanitären Akteure selbst geraten zunehmend unter Feuer, im bildlichen wie im politischen Sinne. Sie werden von Kriegsparteien gegängelt, unter Druck gesetzt und in ihrer Arbeit erpresst, Hilfe an die Klientel zu liefern, die der gerade stärkeren Partei vor Ort wichtig ist. Humanitäre Hilfe wird als Geschäftsmodell missbraucht und liefert Kriegsparteien zusätzliche Ressourcen für ihre Kriegswirtschaft. Damit kann sie Krieg sogar verlängern. Ist unter solchen Umständen Hilfe gemäß der humanitären Prinzipien der Unparteilichkeit und Neutralität überhaupt noch möglich? In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen vergleichenden Blick auf Syrien und den Jemen zu werfen. Denn in den Ländern ist ein recht unterschiedliches Verhalten von UN-Akteuren zu beobachten.

Zunächst gibt es in beiden Szenarien wesentliche Unterschiede. In Syrien ist trotz anfänglich friedlicher Massenproteste und anschließender militärischer Eskalation ein Regime an der Macht geblieben, das skrupellos mit allen Mitteln sein Überleben verteidigt. Dabei kann es nicht nur auf eine Asymmetrie des Waffenarsenals zurückgreifen, sondern auch auf die völkerrechtlichen Privilegien einer Regierung, die trotz ihrer diplomatischen Isolation von Teilen des Westens ihr Land als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen repräsentiert. Sie hat Zugang zu internationalen Organisationen sowie zu dort zu treffenden Entscheidungen, und sie tritt bei den UN-Verhandlungen in Genf selbstbewusst auf mit einem hohen Legitimitäts- und Souveränitätsanspruch und mit einer professionellen diplomatischen Delegation, die ihre Gegenüber als „Terroristen“ und „Verräter“ abqualifiziert.

Aber auch unter UN-Repräsentant:innen selbst ist bis heute die Tendenz verbreitet, Staatenvertreter:innen einen höheren Stellenwert zuzuschreiben als Rebell:innen, selbst jenseits des existierenden Protokolls. Einige von ihnen haben im Verlauf des Syrienkonflikts entgegen ihrer humanitären Rolle gewollt oder ungewollt einen von humanitären Prinzipien losgelösten Souveränitätsanspruch im Sinne der Regierung in Damaskus unterstützt. Unter den umstrittenen Souveränitätsprinzipien haben UN-Funktionäre – ob aus Mangel an Durchsetzungsvermögen oder aufgrund eigener ideologischer Nähe mit dem Regime – damit Partei ergriffen für einen harten Souveränitätsbegriff westfälischer Prägung auf Kosten eines durchlässigen Souveränitätsbegriffs moderner Prägung, der die Souveränitätsrechte eines Staates an Bedingungen knüpft, wie an den Umgang der Regierung mit ihrer eigenen Bevölkerung.

Mit Blick auf diesen Aspekt existiert also ein wichtiger Unterschied zum Jemen: Völkerrechtlich legitimiert als „High Contracting Party“ konnte das syrische Regime (also die syrische Regierung plus deren Machtapparat) großen Einfluss ausüben auf die Verteilung und den Zugang humanitärer Hilfe bis hin zum Blockieren von Cross-Border Lieferungen der UN in die am meisten zerstörten Gebiete des Nordens nahe der türkischen Grenze, solange der Sicherheitsrat nicht zustimmte. Diese Lieferungen geschahen erst 2014 mit der ersten Cross Border Resolution (2165), die Russland und China im Sicherheitsrat nur widerwillig und abgeschwächt verlängerten und im Sommer 2021 neu verhandeln werden. Damaskus musste – nach konservativer Auslegung des Völkerrechts – seine Zustimmung für diese

Lieferungen geben und kam damit auch weitgehend durch. Zugleich erhielt die Regierung gemäß „internationaler Praxis“ den Großteil humanitärer Hilfe über Damaskus, obwohl sie selbst für den Großteil der humanitären Katastrophe verantwortlich war und ist. Starke Verzerrungen und Manipulationen sowie ein Aufweichen humanitärer Prinzipien waren die Folge. Ebenso war die UN großenteils daran gehindert, eine eigene Bestandsaufnahme (Needs Assessment) nach neutralen Kriterien vor Ort zu machen oder ihre Projekte zu überwachen. Die UN stellte sogar Familienmitglieder von wichtigen Regime-Repräsentanten als Mitarbeiter:innen ein und vergab Verträge an getarnte Wohltätigkeitsorganisationen von Regime-Figuren, die in Wahrheit ein verlängerter Arm ihrer Milizen waren (Hopkins & Beal 29.08.2016; Beals & Hopkins 29.10.2016; siehe auch Owels 15.07.2019).

Im Jemen führte der ‚Arabische Frühling‘ dagegen zum Sturz einer Regierung, und eine fragmentierte Konfliktlandschaft löste diese ab mit neuer Regierung und Gegenregierung. In diesem Fall ist es nicht ein etabliertes Regime, welches die stärksten Probleme bei der Lieferung humanitärer Hilfe verursacht. Zwar haben alle Kriegsparteien im Jemen ihren Anteil an zivilen Zerstörungen und an der Behinderung humanitärer Hilfe. Doch wird humanitäre Obstruktion in der operativen Praxis mehrheitlich aus den Gebieten berichtet, welche die Huthi-Rebellen kontrollieren. Da sie über Flug- und Landwege weitgehend isoliert sind, sehen sie die humanitären Aktivitäten als zusätzliches Einkommen und Geschäftsmodell. Mehrfach haben sie Lieferungen blockiert, Güter entfernt und Bedingungen für Lieferungen gestellt, die den humanitären Prinzipien der Unparteilichkeit und Neutralität widersprechen.

Doch anders als in Syrien, wo die UN 2012 entschied, fast um jeden Preis unter den harschen Bedingungen des Assad-Regimes im Land zu bleiben, stellte sich die UN im Jemen entschiedener gegen manipulative Praktiken und stoppte ihre Hilfe in den betroffenen Regionen aus Protest zeitweise sogar ganz. Diese radikale Option wurde auch in Syrien mehrfach diskutiert, sowohl innerhalb der UN als auch unter zunehmend unzufriedenen Geldgebern, besonders der westlichen Donor-Community. Doch das Für und Wider einer solchen Entscheidung ergibt ein schwer zu lösendes Dilemma: Bleibt die UN im Land, kann sie wenigstens einige Menschen erreichen, selbst wenn ein Teil der Hilfe zweckentfremdet wird. Zieht sie ab, eventuell sogar dauerhaft, werden alle Menschen im Land zumindest von der UN mit ihrem Leid alleine gelassen. Die UN würde in dieser Wahrnehmung ihren humanitären Verpflichtungen nicht nachkommen. Dies schafft einen öffentlichen Druck, dem die UN möglicherweise nicht lange standhalten kann, zumal sie auch aus Mitgliedern besteht, die selbst Kriegsparteien in einem Konflikt sind.

Macht die UN jedoch ihre Drohung wahr, erhöht sie zumindest kurzfristig ihre Verhandlungsmacht gegenüber einer Kriegspartei. Ohne groß angelegte humanitäre Hilfe der UN fällt ein wichtiger Stabilitätsfaktor weg, der einer Kriegspartei Bürden und Verantwortung für die Bevölkerung abnimmt, die sie selbst nicht leisten kann oder will, selbst wenn sie die Hilfe nicht manipulieren sollte. Im anderen Fall geht ihr sogar eine wichtige, zusätzliche Einkommensquelle

verloren. Eine Zusammenarbeit mit der UN schafft darüber hinaus ein gern gepflegtes Bild internationaler Zusammenarbeit und Anerkennung, gerade wenn diese durch den Konflikt schwach oder gefährdet ist. Das ist ebenfalls eine nicht zu unterschätzende politische Ressource.

Möglicherweise war und ist eine harte Haltung der UN im Jemen einfacher und innerhalb der Organisation sowie gegenüber der Öffentlichkeit leichter durchsetzbar, weil sie sich nicht gegen eine etablierte Regierung, sondern gegen eine Rebellengruppe richtete, auch wenn diese regierungsähnliche Funktionen aufgebaut hat und sich als Regierung in der Hauptstadt Sana'a definiert. Das Vorgehen mag aber auch an der Courage von Einzelpersonen auf Schlüsselposten der UN liegen oder aber – in umgekehrter Weise zu Syrien – an ideologischen Antipathien dieser Entscheidungsträger:innen gegenüber der betreffenden Kriegspartei, was im Jemen wohl verstärkend hinzukam. Nichtsdestotrotz ist die Haltung der UN im Jemen eine, die zeigt, dass die völkerrechtlichen Prinzipien der humanitären Hilfe tatsächlich wehrhaft erscheinen können.

Eines dieser Beispiele fand im Februar 2020 statt, als UNHCR einige seiner Aktivitäten in Huthi-Gebieten abermals reduzierte. In den Medien wurde ein UN-Sprecher mit folgenden Gründen zitiert: "We don't go to an area and just give assistance; we do an assessment to know who needs that aid, and we are blocked from doing that. We also have to monitor the work that we do, and this is blocked, too. And if we can't assess and if we can't monitor, then we can't manage the risks of operating in areas like northern Yemen" (Ahmada 09.02.2020).

Bereits im Dezember 2018 war der Direktor des World Food Programs (WFP), David Beasley, mit seiner harschen Kritik gegenüber den Huthis aufgefallen. Beasley ist ein konservativer US-Politiker, früherer Republikanischer Gouverneur von South Carolina, der jedoch strikt humanitär argumentierte. Als in Sana'a unter Kontrolle der Huthi-Verwaltung eine Abzweigung humanitärer Hilfe bekannt geworden waren, warf Beasley den Huthis vor, „Essen aus dem Mund von Hungernden“ zu stehlen und sagte: "At a time when children are dying in Yemen because they haven't enough food to eat, that is an outrage. This criminal behaviour must stop immediately." Anders als viele andere UN-Repräsentanten in einer solch sensiblen Position nannte Beasley die Schuldigen beim Namen und forderte die Einhaltung humanitärer Prinzipien: "I'm asking the Houthi authorities in Sana'a to take immediate action to end the diversion of food assistance and ensure that it reaches those people who rely on it to stay alive. [...] Unless this happens, we'll have no option but to cease working with those who've been conspiring to deprive large numbers of vulnerable people of the food on which they depend. Meanwhile, we're continuing our investigations and addressing those shortcomings which have given rise to this misuse of aid" (Reliefweb 31.12.2018; siehe auch UN News 31.12.2018).

Dies ist das gleiche World Food Program, das in Syrien wiederholt wegen seiner weichen Haltung gegenüber der Assad-Regierung kritisiert wurde. Daher spielen hier Führung und sicher auch politische Überzeugungen eine Rolle. Im Fall des Jemen hatte die UN mit ihrer harten

Verhandlungshaltung zumindest zeitweise Erfolge erzielt. Die Huthis gaben in Einzelfällen nach und ließen humanitäre Hilfe wieder durch. Leider hat dies jedoch langfristig nichts am humanitären Gesamtbild und ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber humanitären Aktivitäten in ihren Regionen geändert.

In der humanitären Literatur sind solche Beispiele nicht allzu oft zu finden. Ein bekannterer Fall, in denen die humanitäre Führungsebene der UN tatsächlich Zähne zeigte, spielt in Bosnien-Herzegowina 1993. Während des Bosnienkriegs wurden Hilfskonvois häufig gestoppt und humanitäre Güter gestohlen, hauptsächlich von serbischen Militärs und Paramilitärs. Ein Hauptproblem in Bosnien war das unzureichende Zusammenspiel zwischen der politischen Mission der Vereinten Nationen und der humanitären. Das vom UN-Sicherheitsrat 1992 erteilte UNPROFOR-Mandat beinhaltete „die Schaffung von Bedingungen für die wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe.“ Allerdings durften die Friedenstruppen keine Gewalt anwenden, um die Hilfe auch durchzusetzen. Infolgedessen wurde sie ungleich verteilt.

Im Februar 1993 traf die Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, Sadako Ogata, eine bemerkenswerte, aber einsame Entscheidung. Zur Überraschung vieler innerhalb und außerhalb der UN beschloss sie, die UNHCR-Operationen in Bosnien und Herzegowina sofort einzustellen aus Protest gegen die Sperrung des humanitären Zugangs zu belagerten muslimischen Enklaven durch serbische Separatisten und andere Hindernisse der kroatischen Streitkräfte. Darüber hinaus hatte die bosnjakische Seite im belagerten Sarajevo begonnen, aus Solidarität mit den anderen belagerten bosnisch-muslimischen Enklaven die Annahme oder das Entladen von Hilfskonvois selbst zu verweigern. Ogatas Entscheidung, den Betrieb einzustellen, betraf 1,6 Millionen Menschen, von denen 380.000 in Sarajevo von Hunger, Krankheit oder dem bitteren Balkanwinter bedroht waren. Da UNHCR bei weitem die größte Hilfsorganisation war, sendete dies auch eine starke politische Botschaft an die Kriegsparteien.

Diese Episode ist aus zwei Blickwinkeln interessant. Erstens löste sie innerhalb weniger Tage eine politische Reaktion des serbischen Separatistenführers Radovan Karadzic und der kroatischen Seite unter Präsident Franjo Tudjman aus, die sich prompt zur Umsetzung des freien Durchgangs humanitärer Hilfe verpflichteten. Auch die bosnische Präsidentschaft unter Alija Izetbegovic versprach, den Boykott der Hilfslieferungen zu stoppen. Zweitens führte die Entscheidung von Ogata zu Uneinigkeit innerhalb des UN-Systems. Es schien, dass weder das UN-Hauptquartier im Voraus informiert wurde, noch die UNPROFOR-Friedenstruppe. Der politische Druck nahm zu, und einige Tage später hob UN-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali Ogatas Entscheidung auf. Aber das Ziel wurde erreicht: Der humanitäre Zugang war zumindest für einige Zeit wieder gesichert.

Offensichtlich gibt es zwei radikale Möglichkeiten, um der „humanitären Neutralitätsfalle“ zu umgehen. Man muss rundweg zugeben, dass die geleistete Hilfe unter solch extrem widrigen Bedingungen nicht (mehr) humanitär ist oder vielleicht weiterhin aus der Motivation heraus,

aber unmöglich in der Praxis. Die andere radikale Option besteht darin, die humanitäre Arbeit entweder taktisch und vorübergehend zurückzuziehen, um einen Verhandlungshebel zu erlangen, wie dies in Bosnien oder im Jemen geschehen ist. Sicherlich haben in diesen Fällen Zivilist:innen zusätzlich unter den vorübergehenden Rückzügen der Vereinten Nationen gelitten. Andererseits verteidigten die UN vorausblickend ihre humanitären Prinzipien der Unparteilichkeit und Neutralität. Sie bestätigte das Bestreben, auch in Zukunft den Bedürftigsten zu helfen, ohne den politischen Interessen einer Konfliktpartei nachzugeben.

Auf lange Sicht könnten die Parteien den Nachteil fehlender internationaler Hilfsmaßnahmen erkennen und

2019: 11ff.; Human Rights Watch 28.06.2019: 56ff.; Norwegian Refugee Council und Oxfam 15.07.2020).

Eine dieser Lehren ist, dass sich eine härtere Haltung als Verhandlungstaktik mit einem Regime auszahlt. Danach haben tatsächlich einige internationale humanitäre Organisationen erfolgreich mit der syrischen Regierung verhandelt. Sie erreichten ihre Ziele durch Geduld, Beharrlichkeit und indem sie von Anfang an ihre nicht verhandelbaren Grundsätze klarstellten und sich weigerten, Kompromisse einzugehen. Während der Verhandlungen äußerten sie ihre Präferenz, Projekte abzubrechen oder zu verschieben, wenn sie diese nicht zu ihren eigenen Bedingungen umsetzen durften. In vielen Fällen zog die



*Dr. Carsten Wieland ist Diplomat, UN-Berater, Nahost- und Konfliktexperte mit internationaler Mediationserfahrung, derzeit Nahost-Berater bei der Grünen Fraktion im Bundestag. Bei drei UN-Sonderbeauftragten für Syrien war er als Senior Expert bei den Friedensgesprächen in Genf tätig. Dieser Artikel stellt seine private Einschätzung dar. [mail@carsten-wieland.de](mailto:mail@carsten-wieland.de)*

entgegenkommender werden. Darauf begründen jedenfalls Evaluationen solcher Probleme ihre Empfehlung, eine härtere Gangart in humanitären Verhandlungen, wie z.B. im Jemen, durchaus einzuschlagen oder zumindest zu versuchen. Da humanitäre Maßnahmen nie in einer idealen Welt stattfinden werden und die Schwelle für radikale Maßnahmen wie ein kompletter humanitärer Abzug hoch ist, haben Kritiker der gegenwärtigen Praxis der humanitären Hilfe in Syrien eine Liste mit Empfehlungen erstellt. Sie sollen die Widerstandsfähigkeit humanitärer Organisationen gegenüber ihren Verhandlungspartnern erhöhen und das politische Dilemma verringern, in dem sie tätig sind. Gespeist aus der bitteren Erfahrung in Syrien haben insbesondere Human Rights Watch, Chatham House, der norwegische Flüchtlingsrat und Oxfam praktische Ratschläge veröffentlicht, die dazu beitragen könnten, Fallen unter schwierigen Umständen zu umgehen und die Möglichkeit zu erhalten, dennoch prinzipientreue Hilfe zu leisten (Haid

Regierung die von ihnen auferlegten Beschränkungen oder Bedingungen zurück. Bei anderen Gelegenheiten haben die Organisationen ihre Projekte einfach abgesagt. Dies ähnelt den Situationen in Bosnien oder im Jemen.

Eine weitere wichtige Empfehlung ist, dass internationale humanitäre Organisationen Kräfte bündeln, ihre Projekte besser koordinieren und so mehr Verhandlungsmacht erreichen sollen, um der recht erfolgreichen Divide-et-Impera-Strategie des Gegenübers entgegenzutreten. Ein gemeinsamer Ansatz würde es dem Verhandlungspartner erschweren, einzelne Organisationen zu schikanieren oder auszuschließen. Selbst UN-Organisationen haben sich in Syrien nicht untereinander koordiniert und wurden vielmehr von Gebern wie der EU dazu gedrängt. Unterstützungsangebote müssen zusammengefasst, verpackt und konditioniert werden. Sie sollten als Take-it-or-Leave-it-Option übergeben werden. Natürlich könnte die Kriegspartei das Paket ablehnen, und dies führt uns zurück zu



den radikalen Optionen eines möglichen Abzugs. Aber zumindest sollte sie getestet werden.

Am Ende jedoch bleibt der nüchterne Schluss, dass es nicht die humanitären Akteure sein werden, die eine langfristige Verbesserung der Gesamtlage erreichen, selbst wenn sie taktisch hart gegenüber einer Kriegspartei auftreten wie im Jemen. Auf lange Sicht werden es politische Akteure sein müssen, die auch eine humanitäre Erleichterung bringen. Das politische Makro-Klima muss sich verändern, wie es zum Beispiel in Bezug auf den Jemen Schritt für Schritt geschehen könnte, falls die neue US-Regierung unter Joe Biden tatsächlich eine härtere Gangart gegenüber Menschenrechtsverletzungen oder Kriegstreibern

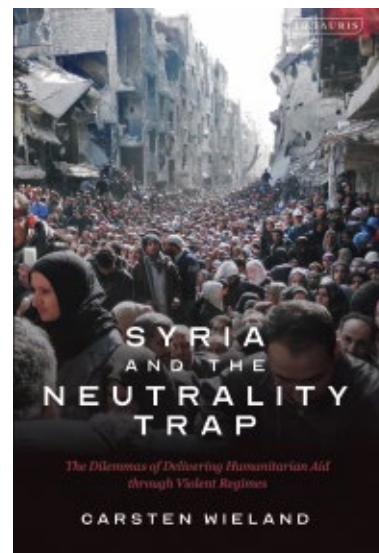
Haid, Haid (Juli 2019): *Principled Aid in Syria. A Framework for International Agencies*, Chatham House Research Paper. Online verfügbar unter <https://syria.chathamhouse.org/research/principled-aid-in-syria-a-framework-for-international-agencies> (08.06.2021).

Hopkins, Nick and Emma Beals (29.08.2016): ‚UN pays tens of millions to Assad regime under Syria aid programme‘, in: *The Guardian*. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/world/2016/aug/29/un-pays-tens-of-millions-to-assad-regime-syria-aid-programme-contracts> (05.06.2021).

Human Rights Watch (28.06.2019): *Rigging the System. Government Policies Co-opt Aid and Reconstruction Funding in Syria*. Online verfügbar unter <https://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/rigging-system-government-policies-co-opt-aid-and-reconstruction-funding> (08.06.2021).

Mundy, Martha (Oktober 2018): *The Strategies of the Coalition in the Yemen War: Aerial Bombardment and Food War*, World Peace Foundation at The Fletcher School of Law and Diplomacy. Online verfügbar

Wieland, Carsten (2021):  
*Syria and the Neutrality Trap.  
Dilemmas of Delivering Humanitarian  
Aid to Violent Regimes*, London.  
27,18 EUR (broschiert).



autoritärer Akteure in der Region einschlägt, darunter auch der saudisch geführte Militäreinsatz. Oder wenn durch eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran (bzw. zwischen Saudi-Arabien und dem Iran) Teheran moderierend auf die Huthis einwirkt und diese in der Folge kooperativer auftreten, zumindest im humanitären Bereich.

#### Anmerkung

<sup>1</sup> Siehe auch die regelmäßig aktualisierten und ergänzten Daten des Yemen Data Project unter <https://yemendataproject.org/data.html> (05.06.2021).

#### Literatur

Ahmado, Nisan (09.02.2020): ‚UN to reduce aid to Houthi-controlled Yemen‘, in: *Voice of America*. Online verfügbar unter <https://www.voanews.com/extremism-watch/un-reduce-aid-houthi-controlled-yemen> (05.06.2021).

Beals, Emma and Nick Hopkins (28.10.2016): ‚UN hires Assad’s friends and relatives for Syria relief operation‘, in: *The Guardian*. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/world/2016/oct/28/un-hires-assads-friends-and-relatives-for-syria-relief-operation> (05.06.2021).

unter <https://sites.tufts.edu/wpf/files/2019/11/Strategies-of-the-Coalition-in-the-Yemen-War-20181005.pdf> (05.06.2021).

Norwegian Refugee Council and Oxfam (15.07.2020): *Hard Lessons – Delivering Assistance in Government-held Areas of Syria*. Online verfügbar unter <https://www.nrc.no/resources/briefing-notes/hard-lessons--delivering-assistance-in-government-held-areas-of-syria> (08.06.2021).

OHCHR (September 2020): ‚A Pandemic of Impunity in a Tortured Land‘, UN Group of Eminent International and Regional Experts on Yemen presents their third report to the Human Rights Council, United Nations Human Rights – Office of the High Commissioner. Online verfügbar unter <https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26315&LangID=E> (05.06.2021).

Owels, Khaled Yacoub (15.07.2019): ‚UNHCR on aid to Syria: What’s important is to deliver‘, in: *The National*. Online verfügbar unter <https://www.thenationalnews.com/world/mena/unhcr-on-aid-to-syria-what-s-important-is-to-deliver-1.886179> (05.06.2021).

Reliefweb (31.12.2018): ‚WFP demands action after uncovering misuse of food relief intended for hungry people‘, in: *Reliefweb*. Online verfügbar unter <https://reliefweb.int/report/yemen/wfp-demands-action-after-uncovering-misuse-food-relief-intended-hungry-people> (05.06.2021).

UN News (31.12.2018): ‚„Stealing“ food from hungry Yemenis „must stop immediately“, says UN agency‘, in: *UN News*. Online verfügbar unter <https://news.un.org/en/story/2018/12/1029542> (05.06.2021).